



Kolumne

Orbán's Ordnung

Die Medien und die Demokratie

Günther Ortmann

Die Gründungsszene von Demokratien, ihr Ursprung, ihre Stiftung kann nicht selbst deren demokratischen Spielregeln folgen, denn die gilt es ja erst zu (be-)gründen. Diesen Geburtsfehler legen Demokratien nie ganz ab. Ihre Legitimität können sie allenfalls mit einer konstitutiven Nachträglichkeit begründen. Sie werden damit nie fertig. Unter anderem das hat Jacques Derrida mit seinem berühmten Diktum im Sinn gehabt: «Die Demokratie ist (und bleibt) im Kommen.»

Im Kommen – oder im Gehen, wie man mit Blick auf Orbán Ungarn, Erdoğan's Türkei oder Kaczyński Polen befürchten muss, deren Regierungen im Begriff sind, die Medien – Presse, Fernsehen, Internet – ihrer Staatsräson unterzuordnen. Bevor die Entrüstung darüber zu Scheinheiligkeit gerät, sollte man an Adenauers Versuch denken, mit dem ZDF ein Staatsfernsehen zu gründen. An die Spiegel-Affäre. An die Dominanz der Parteien in deutschen Rundfunkräten. An Nicolas Sarkozys und David Camerons Umgang mit der Presse. An den «embedded journalism» in Feldzügen und auf Parteitagen. Von Berlusconi ganz zu schweigen.

Die Schwierigkeit, hier einen Anfang zu denken haben die politische und die Rechtsphilosophie mit Fiktionen eines Outsiders überbrückt: Rousseau mit seinem weisen *législateur*, der aber Gesetze nicht gibt, sondern nur verfasst, und der dafür jedoch selbst außerhalb der Verfassung steht, stehen muss; Hobbes mit dem Leviathan, der selbst nicht an Gesetze gebunden ist; John Rawls mit fiktiven Gesetz-Gebern, die durch den «Schleier des Nicht-Wissens» daran gehindert – davor geschützt – sind, Gesetze zu geben, die ihrem Eigennutz dienen. Noch der *stranger* des Westens, der aus dem Nirgendwo in das gefährdete Dorf kommt, eine neue Ordnung stiftet und dann wieder von hinnen reiten muss, ist ein Outlaw.

Derridas Insistenz darauf, dass die Demokratie stets nur «im Kommen» ist, verlängert diesen Gedanken zur Idee einer

nie zu Ende kommenden, immer gefährdeten Entfaltung der Paradoxie demokratischer Ordnung. Das ist ein Prozess der Selbstbezüglichkeit und Selbstkonstitution, in dem die Stiftung der Demokratie ursprungsloser Ursprung – Grund *und Resultierendes* – demokratischer Praktiken ist.

Dafür braucht es die heroischen (aber ziemlich über- oder unmenschlichen) Stifter à la Rousseau, Hobbes oder Rawls nicht länger. Der Preis dafür ist: Die Idee eines festen Bodens unter unseren Füßen hat ausgedient. Stets muss der konstitutive Mangel behoben, der Grund neu gegründet werden. Stets müssen Irrtümer und Verfehlungen durch Kritik namhaft gemacht und durch neue Versuche korrigiert werden. Damit komme ich zur Sache: zur Sache der Medien.

Ihre Sache in Ansehung der Demokratie ist ja, wie jeder weiß, eben diese Kritik, die Rolle der Cassandra, des *advocatus diaboli*. Dazu aber müssen sie in gewisser Weise «von außen kommen» wie der *stranger* im Westen, nun aber tagtäglich. «Embeddedness» ist ihr Tod, und nun erst recht «embeddedness» à la Orbán und Konsorten. Demokratische Verfassungen können das nur anerkennen als das eingeschlossene Ausgeschlossene ihrer selbst. Den Einschluss der Ausgeschlossenen braucht es auch im Inneren der Medien-Organisationen, und nicht nur in Gestalt von Hofnarren.

Gezielte Einbettung, Ausrichtung, Selektion, Exkommunikation der Cassandra: da kommen einem nicht nur Orbán, Kaczyński und Erdoğan in den Sinn, sondern auch andere Regierungen: Google, Amazon, Facebook & Co. Es sind Regierungen *und Unternehmen*, die sich ein «digitales Zepter» (Dirk Helbig) verschafft haben. Darin zeigt sich der Fortschritt. Der Leviathan des Thomas Hobbes trug noch ein Schwert und ein Kreuz.

Prof. Günther Ortmann, Professor für Führung an der Universität Witten/Herdecke, Kontakt: ortmann@hsu-hh.de